

Keine Wähler-Stimme für das Enteignungsgesetz

In einem auch bundesweit einmaligen Vorgang wollen in der Hamburger Bürgerschaft vertretene Parteien ein höchst umstrittenes Enteignungsgesetz zu Gunsten eines Privatunternehmens (hier: Airbus-Finkenwerder) verabschieden. Dies geschieht ohne eine sachgerechte und umfassende Anhörung von Experten und unter einem erheblichen - vom Unternehmen Airbus diktierten - Zeitdruck. Sollte dieses Gesetz beschlossen werden, können zukünftig Privatpersonen für wirtschaftliche Privatinteressen jederzeit enteignet und von ihrem Grund und Boden vertrieben werden.

Dieser Aufruf wendet sich ausdrücklich nicht gegen den Flugzeugbau in Hamburg! Aber für ein Privatunternehmen dürfen in keinem Fall Grundrechte geopfert und in keinem Fall darf ein Landesparlament zum Erfüllungsgehilfen eines Unternehmens werden.

Das auch verfassungsrechtlich höchst strittige Gesetz soll bereits am 11. Februar in der Bürgerschaft verabschiedet werden. Die Unterzeichner werden das Abstimmungsverhalten der Parteien während dieser Bürgerschaftssitzung aufmerksam verfolgen und bei den anstehenden Bürgerschaftswahlen den Befürwortern des Gesetzes ihre Stimme verweigern!

Vorname	Name	Adresse	Ort

Diese Aktion wird bereits von vielen Anwohnern in Neuenfelde und am nördlichen Elbufer, vom BUND und NABU Hamburg sowie von Rolf Becker (Hamburger Jedermann) unterstützt!



Unterschriftenlisten bitte bis spätestens zum 09. Februar 2004 an den BUND Hamburg, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg zurück zu senden.

